

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Zur Sonntags-Ruhe im Handels-Gewerbe.

Stettin, 31. März.

Nach einer unterm 28. März unter Zustimmung des Bundesrats erlassenen kaiserlichen Verordnung treten für das Handelsgewerbe die Bestimmungen der §§ 41a, 45a, 105a, 105b Absatz 2, 105c, 105e, 105h, 105i und 105j des Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 (Sonntagsruhe), soweit es sich um die zu ihrer Durchführung erforderlichen Maßnahmen handelt, mit dem 1. April 1892, im Uebrigen mit dem 1. Juli 1892 in Kraft.

Da über die Bestimmungen der angezogenen Paragraphen gerade im Handelsgewerbe noch sehr große Unklarheiten herrschen, so lassen wir im Interesse der Beteiligten dieselben nochmals im Wortlaut folgen:

§ 41a. Soweit nach den Bestimmungen der §§ 105b bis 105h Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe nicht beschäftigt werden dürfen, darf in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb an diesen Tagen nicht stattfinden. — Weitergehendes landesgesetzliches Verbotungen des Gewerbebetriebes an Sonn- und Festtagen steht dieser Bestimmung nicht entgegen.

§ 45a. An Sonn- und Festtagen (§ 105a Absatz 2) ist der Gewerbebetrieb im Umherziehen, soweit er unter § 55 Absatz 1 Ziffer 1-3 fällt, (1. Waaren feilbieten, 2. Waarenbestellungen aufsuchen oder Waaren bei anderen Personen als bei Kaufleuten, oder an anderen Orten als in offenen Verkaufsstellen zum Wiederverkauf anbieten, 3. gewerbliche Leistungen anbieten), sowie der Gewerbebetrieb der im § 42b bezeichneten Personen verboten. — Ausnahmen können von der unteren Verwaltungsbehörde zugelassen werden. Der Bundesrat ist ermächtigt, über die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen Ausnahmen zugelassen werden dürfen, Bestimmungen zu erlassen.

§ 105a. Zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen können die Gewerbetreibenden die Arbeiter nicht verpflichten. Arbeiten, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes auch an Sonn- und Festtagen vorgenommen werden dürfen, fallen unter die vorstehende Bestimmung nicht. — Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen unter Berücksichtigung der örtlichen und konfessionellen Verhältnisse die Landesregierungen.

§ 105b Abs. 2. Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter am ersten Weihnachtstag, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, im Uebrigen an Sonn- und Festtagen nicht länger als fünf Stunden beschäftigt werden. — Durch staatliche Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes kann diese Beschäftigung für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes auf kürzere Zeit eingeschränkt oder ganz untersagt werden. Für die letzten vier Wochen vor Weihnachten, sowie für einzelne Sonn- und Festtage, an welchen örtliche Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, kann die Polizeibehörde eine Vermehrung der Stunden, während welcher die Beschäftigung stattfinden darf, bis auf zehn Stunden zulassen. Die Stunden, während welcher die Beschäftigung stattfinden darf, werden unter Berücksichtigung der für den öffentlichen Gottesdienst bestimmten Zeit, sofern die Beschäftigungszeit durch staatliche Bestimmungen eingeschränkt worden ist, durch letztere, im Uebrigen von der Polizeibehörde festgesetzt. Die Festsetzung kann für verschiedene Zweige des Handelsgewerbes verschieden erfolgen.

§ 105c. Die Bestimmungen des § 105b finden keine Anwendung: 1. Auf Arbeiten, welche in Nothfällen oder im öffentlichen Interesse unverzüglich vorgenommen werden müssen. 2. Für einen Sonntag auf Arbeiten zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur. 3. Auf die Bewachung der Betriebsanlagen, auf Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist, sowie auf Arbeiten, von welchen die Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebes abhängig ist, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können. 4. Auf Arbeiten, welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Wüthens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können. 5. Auf die Beaufsichtigung des Betriebes, soweit er nach Ziffer 1-4 an Sonn- und Festtagen stattfindet. — Gewerbetreibende, welche Arbeiter an Sonn- und Festtagen mit Arbeiten der unter Ziffer 1-5 erwähnten Arbeit beschäftigen, sind verpflichtet, ein Verzeichnis anzulegen, in welchem für jeden einzelnen Sonn- und Festtag die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Dauer ihrer Beschäftigung, sowie die Art der vorgenommenen Arbeiten einzutragen sind. Das Verzeichnis ist auf Verlangen der Ortspolizeibehörde, sowie dem im § 139b bezeichneten Beamten (von der Landesbehörde zu ernennenden Beamten) jederzeit zur Einsicht vorzulegen. Bei den unter Ziffer 3 und 4 bezeichneten Arbeiten, sofern dieselben länger als drei Stunden dauern, oder die Arbeiter am Festtage des Gottesdienstes hindern, sind die Gewerbetreibenden verpflichtet, jeden Arbeiter entweder an jedem dritten Sonntage volle 36 Stunden oder an jedem zweiten Sonntage mindestens in der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends von der Arbeit frei zu lassen. — Ausnahmen von den Vorschriften des vorstehenden Absatzes darf die untere Verwaltungsbehörde gestatten, wenn die Arbeiter am Festtage des sonntäglichen Gottesdienstes nicht gehindert werden und ihnen an Stelle des Sonntags eine 24stündige Ruhezeit an einem Wochentage gewährt wird.

§ 105e. Für Gewerbe, deren vollständige oder theilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, sowie für Betriebe, welche ausschließlich oder vorwiegend mit durch Wind oder unregelmäßige Wasserkraft bewegten Triebwerken arbeiten, können durch Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde Ausnahmen von den im § 105b getroffenen Bestimmungen zu-

gelassen werden. Die Regelung dieser Ausnahmen hat unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 105c Absatz 3 zu erfolgen. — Das Verfahren auf Anträge wegen Zulassung von Ausnahmen für Betriebe, welche ausschließlich oder vorwiegend mit durch Wind oder unregelmäßige Wasserkraft bewegten Triebwerken arbeiten, unterliegt den Vorschriften der §§ 20 und 21.

§ 105f. Wenn zur Verhütung eines unhältnismäßigen Schadens ein nicht vorherzusehendes Bedürfnis der Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen eintritt, so können durch die untere Verwaltungsbehörde Ausnahmen von der Bestimmung des § 105b Absatz 1 für bestimmte Zeit zugelassen werden. — Die Verfügung der unteren Verwaltungsbehörde ist schriftlich zu erlassen und muß von dem Unternehmer auf Verlangen dem für die Revision zuständigen Beamten an der Betriebsstelle zur Einsicht vorgelegt werden. Eine Abschrift der Verfügung ist innerhalb der Betriebsstätte an einer den Arbeitern leicht zugänglichen Stelle auszuhängen. — Die untere Verwaltungsbehörde hat über die von ihr gestatteten Ausnahmen ein Verzeichnis zu führen, in welchem die Betriebsstätte, die gestatteten Arbeiten, die Zahl der in dem Betriebe Beschäftigten und der an den betreffenden Sonn- und Festtagen beschäftigten Arbeiter, die Dauer ihrer Beschäftigung, sowie die Dauer und die Gründe der Erlaubnis einzutragen sind.

§ 105h. Die Bestimmungen der §§ 105a bis 105g stehen weitergehenden landesgesetzlichen Beschränkungen der Arbeit an Sonn- und Festtagen nicht entgegen. — Der Landes-Zentralbehörde bleibt vorbehalten, für einzelne Festtage, welche nicht auf einen Sonntag fallen, Abweichungen von der Vorschrift des § 105b Absatz 1 zu gestatten. Auf das Weihnachts-, Neujahr-, Oster-, Pfingst- und Pfingstfest findet die Bestimmung keine Anwendung. Die §§ 105a Absatz 1, 105b bis 105g finden auf Gast- und Schankwirtschaften, gewerbliche Musikaufführungen, Schaustellungen, theatrale Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten, sowie auf Vergnügungsbetriebe keine Anwendung. — Die Gewerbetreibenden können die Arbeiter in diesen Gewerben nur zu solchen Arbeiten an Sonn- und Festtagen verpflichten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebes einen Aufschub oder Unterbrechung nicht gestatten.

Deutschland.

*** Berlin, 30. März. Die Verhandlungen der vereinigten Eisenbahn-Kommission des Reichshauses über das sogenannte Tarifabnahmengesetz haben bisher die Zustimmung zu den grundlegenden Bestimmungen des Entwurfs ergeben, die Einzelberatung nimmt indessen so viel Zeit in Anspruch, daß die Plenarberatung im Reichshaus schwerlich vor der Osterpause wird vorgenommen werden können. Ist dies der Fall, so ist die Möglichkeit einer etwas längeren Landtagsession, als bisher angenommen wurde, nicht ausgeschlossen.

*** Während die Borsenanträge im Reichstage nicht mehr zur Verhandlung kommen werden, sind die Vorbereitungen für die unabhängigen von denselben von der Regierung eingeleiteten Borsenanträge so weit vorgeschritten, daß der Zusammentritt der Enquete-Kommission am Mittwoch, den 6. April, in Aussicht genommen ist.

*** Wenn in der Presse als voraussichtlicher Nachfolger des Ministers für Landwirtschaft ein Herr von Klitzing genannt wird, so ist damit der Landeshaupmann von Schlesien gemeint. Wir haben jedoch Ursache zu der Annahme, daß die Gerüchte über die angeblichen Rücktrittsabsichten des Ministers für Landwirtschaft zur Zeit der tatsächlichen Unterlage entbehren und daß, so weit etwas thatfächliches dabei im Spiele war, es der Vergangenheit angehört.

*** Vor einigen Tagen wurde in der „Kreuzzeitung“ den Kreisfunktionsären für die nächsten Wahlen Fehde angefaßt: kein Kreisfunktionsär dürfte einem Kreisfunktionsären die Stimme geben. Darauf erwidert die kreisfunktionsären: „Po!“ Wir quittiren für die damit befehlte freundnachbarliche Gesinnung und behalten uns vor, unsere Dankbarkeit im geeigneten Momente zu betheiligen. Wir denken, daß die Kreisfunktionsären dasselbe thun werden. Im Uebrigen kann jeder Kreistag eine Heiterkeit durch Befriedigung werden. Die Löwenhaut ist denn doch gar zu kurz. Wenn jetzt oder in der Folge unter noch leibhaftigem Widerstreit der Strömungen bezüglich des Volksschulgesetzes Wahlen vorgenommen werden sollten, so dürften die umgebenden Anhänger des Volksschulgesetzes der Unterstützung ungleich bedürftiger, als zu einer entsprechenden Gegenleistung im Stande sein. Das weiß man im Kreiszeitungslager so gut, wie außerhalb desselben. Man wird sich daher wohl hüten, von großen Worten zu Thaten überzugehen. Wir haben es augenblicklich mit einem neuen Ausbruch jener hohen Renommirerei zu thun, welche seit einiger Zeit für die „Kreuzzeitung“ charakteristisch ist. Aber wenn die Sache einen mehr als papiernen Hintergrund haben sollte, so haben wir nichts dagegen, den Fehdehandschuh anzunehmen. Als Partei könnten die Kreisfunktionsären dabei nur gewinnen. Unter diesem Gesichtspunkte könnten wir daher nur die Ausführung der Drohung in der „Kreuzzeitung“ wünschen, halten aber gerade deswegen und wegen der übrigen parteipolitischen Konsequenzen dieselbe für rein akademisch und nur als Gesinnungssymbol, nicht aber für die praktische Parteipolitik für bedeutsam.

— Die Limes-Kommission wird, der „Nordd. Allg. Zeitung“ zufolge, am 7. April hier im Reichstag des Innern zu ihrer ersten Beratung zusammenzutreten. In die Kommission sind berufen, für Preußen: Professor Dr. Mommsen, Sekretär der Akademie der Wissenschaften; Oberst j. D. v. Cöhausen, Konservator des Museums der Alterthümer zu Wiesbaden; Landesdirektor der Rheinprovinz Klein zu Düsseldorf; Oberstleutnant v. Bezzenycki in Berlin; Geh. Reg.-Rath Professor Dr. Nissen in Bonn; Dr. Althoff, Geh. Ober-Reg.-Rath im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten; für Bayern: General-Major a. D. Karl Popp in München; für Württemberg: Professor Dr. v. Herzog in Tübingen; Finanzrath Dr. Paulus, Konservator der Kunst- und Alterthumsdenkmäler in Stuttgart; für Baden: Geh. Hofrath Dr. Wagner, Konservator der Alterthümer in Karlsruhe; Oberbibliothekar Professor Dr. Jangemeister in Heidelberg; endlich

für Hessen: Oberhofrath Solban in Darmstadt; Rentner Koster in Darmstadt. Mit nur beratender Stimme nimmt Reichsrichter Conrady in Mittelnberg an den Verhandlungen Theil.

— Die „Düsseldorfer Zeitung“ schreibt: „Von verschiedenen Seiten wurde ausdrücklich behauptet, in der Kronratsitzung, welche dem Entlassungsgesuche des Grafen Zebly voranging, seien seitens des Kaisers keinerlei scharfe Aeußerungen gefallen. Demgegenüber wird indessen bestimmt versichert, daß das Gegentheil der Fall sei. Zum Schlusse des Kronrats brachte Se. Majestät plötzlich und unvermuthet das Gespräch auf die Volksschulvorlage und wandte sich mit den Worten an den Kultusminister: „Hören Sie mal, Zebly — mit Ihrem Schulentwurf haben Sie mir einen netten Salat angerührt.“

Auf Grund dieser Apostrophe entspann sich eine Erörterung der Angelegenheit, während Graf Zebly, auf das tiefste verstimmt, folglich nach Schluß der Sitzung mit dem Reichskanzler conferirte und mit dessen Zustimmung sein Entlassungsgesuch abgab. — Diese Besart wird von uns hiermit mitgeteilt, ohne daß wir natürlich für den genauen Wortlaut der kaiserlichen Aeußerungen bürgen können.“

Abnähmlich ist schon vor einigen Tagen auch von anderer Seite berichtet worden; die Nachricht wurde aber bestritten.

— Die Stichwahl in Neustrelitz ist zu Gunsten des freisinnigen Kandidaten Wilbrandt-Biesede ausgefallen. Derselbe hat etwa 10.000 Stimmen, der Konservativ nur 8000 Stimmen erhalten. Die Zahl der freisinnigen Abgeordneten im Reichstage ist dadurch auf 65 gestiegen.

*** In der vor einigen Tagen in Berlin abgehaltenen Generalversammlung des Vereins deutscher Schiffswerften wurde auch die Konkurrenz der holländischen Werften besprochen. Befragt wurde, daß deutsche Rheedereien bei der Bestellung von Schiffen in Holland meistens die Preisfrage allein maßgebend sein lassen und zu wenig Gewicht darauf legen, daß in Holland gebaute Schiffe sowohl hinsichtlich des verwendeten Materials (meist englisch und belgisches), als auch hinsichtlich der ganzen Ausführung ganz wesentlich hinter den auf deutschen Werften erbauten Schiffen zurückbleiben. Zur Sprache gelangten ferner die weit niedrigeren Arbeitslöhne in Holland und das Fehlen aller Ausgaben, welche den deutschen Schiffswerften durch die Kranken-, Unfall- und Altersversicherung, sowie durch unsere anderweitige neue soziale Gesetzgebung — u. A. auch durch die erwähnten Vorschriften der neuen Gewerbeordnung — erwachsen. — Als wichtig wurde ferner angesehen, daß in Holland Schiffswerfte kreditfähig seien, daß darauf das Eintragen einer Schuld als Hypothek gestattet sei und aus einem zu führenden Schiffregister die Forderungen, welche auf einem Schiffe lasten, ersesehen werden können. In den deutschen Ländern sei dies nur für Seeschiffe, keineswegs für Flußschiffe gestattet. Würde ein gleiches Verfahren auch in Deutschland gesetzlich gewährleistet, so würde dies gewiß manchen Schiffen oder Rheederen am Rhein veranlassen, seine Fahrzeuge in Deutschland zu bestellen. — Einen weiteren Grund glaubte man darin zu erblicken, daß die Versicherungsgesellschaften bei der Bemessung ihrer Prämien sowohl auf das zum Bau verwendete Material wie auf die Bauausführung der Flußschiffe zu wenig Rücksicht nehmen und die Prämien für gute Schiffe und deren Frachten meist ebenso hoch bemessen, wie für minderwertige Schiffe. Hier sei das Fehlen der entsprechenden Wirksamkeit der Klassifikationsgesellschaften, wie solche für die Seeschiffe vorhanden seien, zu beklagen, vielmehr auch das Fehlen entsprechender Vorschriften, wie solche weniger durch das bauliche Eingreifen der Regierungen, als vielmehr durch die Klassifikationsgesellschaften für den Schiffbau herausgebildet hätten. Die weitere Erörterung und Prüfung dieser Vorschläge und Erwägungen, sowie die Festsetzung der Rechtsverhältnisse wurde einer Kommission überwiesen.

— S. M. Kanonenboot „Itis“, Kommandant Kapitän-Lieutenant Müller, ist am 29. März d. J. in Shanghai eingetroffen. Das Kreuzergeschwader, bestehend aus S. M. Schiffen „Leipzig“, „Alexandrine“ und „Seydlitz“, Geschwader-Chef Komr.-Admiral v. Pawelz, ist am 29. März d. J. in Mozambique eingetroffen und beabsichtigt am 2. April über Lindi und Dooloa nach Dar-es-Salaam zu gehen. S. M. Kreuzer „Habsicht“, Kommandant Korvetten-Kapitän Heyner, ist am 29. März d. J. in San Paolo de Loanda eingetroffen und geht am 3. April nach Togo.

— Die kaiserliche Werft zu Kiel verfügt gegenwärtig nur über einen schwimmenden Dampfstraßen, der seit zwanzig Jahren ununterbrochen in Benutzung gewesen ist und nur noch kurze Zeit überhaupt gebrauchsfähig bleiben wird. Bei einer Tragfähigkeit von 40 Tonnen vermag derselbe aber Kessel neuerer Konstruktion bis zu 80 Tonnen nicht zu heben und hat somit Erlass geschaffen werden müssen. Endet dieser Woche wird nun ein neuer schwimmender Dampfstraßen von bedeutend größeren Dimensionen auf der kaiserlichen Werft vom Stapel laufen. Derselbe hat eine Tragfähigkeit von 100 Tonnen, Doppel-Maschinen und Doppel-Schrauben; die Baukosten sind auf 610.000 Mk. veranschlagt.

— Die hiesige Schiffergesellschaft hatte beschlossen, dem Fürsten Bismarck am 1. April zu seinem Geburtstag eine Glückwunschkarte in einer prächtig ausgestatteten Mappe, die außer der Adresse, den Unterchriften und einer dazu gehörigen Aquarellzeichnung eine Sammlung von photographischen Ansichten aus dem Innern des Gesellschaftshauses enthalten soll, zu überreichen. Die Adresse ist jetzt fertig gestellt. Heute war sie für die Mitglieder zur Verfügung ausgelegt. Das Titelblatt und die Textseite sind vom Architekten Julius Kubitz hiesig in Aquarell ausgeführt. Das Titelblatt zeigt in einer gotischen Umrahmung, die außer dem Wappen und dem Wahlspruch des Fürsten Bismarck „in trinitate robur“ das lübische Wappen und den Adler, sowie die Wappen der Vorgesetzten, der Nordgerafahrt, der Schonenfahrt, f. w. trägt, einen Blick auf Lübeck's Hafen mit seinen, alterthümlichen Rauffahrtsschiffen, während in der Mittelgruppe das Burghorn erblüht. Im Texte wird u. A. erwähnt, daß man im Hause der Schiffergesellschaft am 1. April alljährlich des Alt-Reichskanzlers in feier-

licher Weise zu gedenken pflegt, woran sich die herzlichsten Glückwünsche schließen. Darunter befinden sich die Namen der Aeltermänner und der Mitglieder der Schiffergesellschaft — über 60 Namen. Photographie Nörthing hat sechs neue Aufnahmen vom Innern und Außern unseres Schifferhauses angefertigt, die als ganz besonders gelungen bezeichnet werden müssen. Adresse und Photographien ruhen in einer prächtigen Ledermappe, wozu Architekt Kubitz den Entwurf geliefert hat. Die Mappe zeigt in künstlerisch durchgeführter Lederplastik das von reicher gotischer Ornamentik umgebene Wappen der Schiffergesellschaft mit der Aufschrift: „Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck die Schiffergesellschaft in Lübeck. 1. April 1892.“ Die Seiten sind mit schönen kupfergetriebenen Beschlägen versehen.

Bremen, 30. März. (W. T. V.) Die Gültigkeit der Kundreisebills soll der „Wesf.-Zn.“ zufolge allgemein auf 90 Tage erhöht werden.

Bremen, 30. März. (W. T. V.) In der heutigen Sitzung der Bürgerchaft wurde der zwischen Bremen und Preußen vereinbarte Staatsvertrag betreffend die Gebietsabtretung und den Ausbau des Kaiserhafens in Bremerhaven auch für Marinezwecke ohne Debatte mit großer Majorität genehmigt.

Darmstadt, 30. März. (W. T. V.) Nach einer Meldung der „Darmstädter Zeitung“ besteht die Krankheit des Prinzen Alfred von Edinburgh in einer Entzündung des aufsteigenden Dick- und Blinddarms, welche mit Gefahr verbunden ist. Die Genesung ist erst nach Wochen zu erwarten.

Karlsruhe, 30. März. (W. T. V.) Der Großherzog ist noch geneigt das Bett zu hüten; auch tritt der Husten zeitweise heftiger an; gleichwohl verläßt die Lösung des Katarrhs im Uebrigen regelmäßig und befriedigend.

Karlsruhe, 30. März. (W. T. V.) Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge hat die Kronprinzessin von Schweden ihre Reise beendet und in der Nähe von Kairo Aufenthalt genommen, wo sie bis zum 26. April zu bleiben gedenkt. Abdam beabsichtigt dieselbe nach Europa, und zwar zunächst nach Süd-Italien, zurückzukehren. Das Befinden der Kronprinzessin ist durchaus befriedigend.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. März. Die äußerste Linke stellt bei der heute beginnenden Budgetverhandlung abermals die Ostraktion in Aussicht und stimmt für auch die Nationalpartei Apollonius bebingter Weise bei. Diese erhobte Kriegsbereitschaft der Opposition wird auf die jüngste Rede des Fürstprimas zurückgeführt, die bei allen verständlichen Nebenbetrachtungen dargelegt hat, daß die Weglauffrage thatfächlich nicht vom Flecke gekommen ist.

Frankreich.

*** Frankreich hat in seinen nordafrikanischen Kolonialbesitzungen mit zahlreichen und erbitterten Feinden zu ringen, aber von keinem derselben droht den französischen Interessen auf der Südhalbkugel des Mittelmeeres so umfassende und nachhaltige Gefahr, als von den — Heuschrecken, dieser mit der elementaren Gewalt einer übermächtigen Naturverheerung auftretenden Ländereise, deren Ursprungsstätten der Einschlagnahme jeder geregelten kulturstaatlichen Ueberwachungs- bzw. Vernichtungstätigkeit entzogen sind und letztere im Vorhinein zu der unbefähigten und nur palliativ wirksamen Rolle der Vertreibung verurtheilt. Selbst ein noch so ausgebreiteter und mit der Erbitterung des entflammten Religions- und Rassenhaßes ins Werk gesetzter Aufstand der Wüstenkämme gegen die französische Herrschaft würde nicht annähernd die materiellen Verhältnisse mit sich bringen, wie eine plötzlich auftretende Heuschreckenplage, namentlich wenn die Umstände so liegen, wie es gegenwärtig der Fall ist. Schon seit Monatsfrist ist der Grenzriegel der Anstößer gegen die Avantgarde der Heuschrecken im Süden des Departements Konstantine im Gange, auch aus dem Süden des Departements Algier werden bereits vereinzelt auftretende Heuschreckenflüge signalisirt. Rasche und gründliche Gegenmaßregeln sind notwendig, wenn dem Uebel überhand zu nehmen geizt werden soll. Im vorigen Jahre waren die Verhältnisse der Zweiflügler nicht so schlimm, als man anfangs befürchtet hatte, weil das Ungeheuer zu spät ausgebrochen war, um den zumeist schon eingeweichen Ernten noch viel anhaben zu können. Nur den Weinplantagen wurde übel mitgespielt. Dieses Jahr droht schlimmeres, da der Winter sehr trocken gewesen ist, was den Heuschreckenbruten eben so sehr Vortheil leistet, als es auf die Entwicklung der Saatun verzögernd wirkt. Schwarzerheide der Wirtschaftspolitiker setzen schon eine Million in Nordafrika voraus, und wenn sich dazu noch eine Heuschreckenplage großer Stiles gesellt, so riskirt das vorzugsweise aderbauende Alger auf Jahre hinaus ruiniert zu werden. In erster Würdigung der Sachlage hat denn auch das Generalgouvernement beschlossen, unverzüglich Truppen und einheimische Arbeiter nach den Südgrenzgebieten des Landes zu entsenden, wo sie mit Feuer, Gräben und Flugnetzen — letztere über meilenweite Distanzen gespannt — den Verzehrkampf gegen den einbreitenden Feind führen sollen. Zum Glück ist der Feindesplan der Heuschrecken ziemlich genau wissenschaftlich erforscht. Man weiß, daß sie vom Sudan aus durch die Sahara vorrücken, daß sie regelmäßig denselben Marschrouten folgen und ihre bevorzugten Einfallspforten in das Innere der Kolonie haben. Auch das Marschtempo der Thiere ist bekannt, so daß sich ihr Eintreffen an bestimmten Punkten ziemlich genau berechnen läßt. Es erübrigt also nur, den Feind in geeigneten Positionen zu erwarten, wo er dem abgebotenen Treffen nicht ausweichen kann. Der Rest ist dann nur die Frage der größeren Ausdauer, bzw. des größeren Vorraths an verzehrbaren Reizen. Früher ist es mehrfach vorgekommen, daß die Heuschrecken, nachdem alle gegen sie aufzubietenden Verzehrmittel erschöpft waren, sich den Vornachmitteln durch den Sperffordern erzogen.

Großbritannien und Irland.

Stafford, 30. März. (W. T. V.) Der Prozeß gegen die sechs wegen des anarchistischen Komplots in Wallfah unter Anklage gestellten Personen hat heute begonnen. Der General-

staatsanwalt Webster vertrat die Anklage in eigener Person, woraus die Wichtigkeit, welche die Regierung dem Prozesse beilegt, hervorgeht. Webster betonte in der Anklage, daß der sozialistische Klub in Wallfah, dem die Angeklagten angehörten, unzweifelhaft Beziehungen zu den europäischen anarchistischen Gesellschaften unterhalten hätte.

Bulgarien.

*** Wie uns aus Sofia berichtet wird, vergrößert sich die Projektverhandlung wegen der Ermordung des Finanzministers Belschew dadurch, weil man noch immer glaubt, daß, wenn gleich Schischmanow entkomme, durch die in Konstantinopel vorgenommenen Verhaftungen von Individuen, die der Teilnahme an der Ermordung Bulfowichs verdächtig sind, weiteres Verweismaterial gewonnen werden dürfte. Die Alten dürften übrigens an das Militärgericht abgetreten und der Prozeß — und zwar wahrlich im nächsten Monate — von diesem zu Ende geführt werden, weil es sich um Fakten und Individuen handelt, die vor das Militärgericht gehören.

Griechenland.

Athen, 30. März. (W. T. V.) Um die Differenzen mit der Gesellschaft, welche die Bahn vom Piräus nach Larissa baut, in Betreff der Bezahlung der Arbeiten zu beendigen, rief die Regierung die Entscheidung des nach den Statuten kompetenten Gerichtes an.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 31. März. Zur Durchführung der in Aussicht genommenen Aufbesserung der Gehälter der Lehrer an den höheren Unterrichtsanstalten ist eine allgemeine Erhöhung der Schulgebühren bei jenen Anstalten vorgesch. Nachdem die Vorläge jetzt die Billigung des Landtags gefunden, hat der Minister der geistlichen u. Angelegenheiten durch Erlaß vom 22. März d. J. das Schulgeld allgemein bei den Vollsantalen (Gymnasien, Realgymnasien und Ober-Real-schulen) auf 20 Mark, bei den Progymnasien und Realgymnasien auf 100 Mark, bei den höheren Bürgerlichen (Realschulen) auf 80 Mark und für diejenigen Schüler an denselben, welche auf Kosten der Anstalt lateinischen Nebenunterricht in Sexta bis Quarta erhalten, auf 120 Mark jährlich festgesetzt. Soweit bereits höhere Sätze erhoben worden, sind diese beizubehalten. Die neuen Sätze sind vom 1. April d. J. ab an allen vom Staat ausschließlich zu erhaltenden Anstalten, ferner an denjenigen Anstalten, welche unter Verwaltung des Staates stehen oder bezüglich deren dem Staat das Lehrer-Ernenntungsrecht zusteht, zu erheben. Hierbei ist der bisher übliche Schulgebühren von 10 Prozent auch bei den neuen Sätzen zu gewähren. Bei den Vorschulen behält es einstweilen bei den bisherigen Sätzen sein Verbleiben, wenn diese Schulen sich aus ihren eigenen Mitteln auch nach Erhöhung der Vorschullehrer-Gehälter von im Durchschnitt 2100 Mark außer Wohnungsgeldzuschuß erhalten; andernfalls ist ebenfalls eine Steigerung des Schulgebühren und zwar bis zum Betrage des in der Sexta der Hauptanstalt erhobenen Sazes vorzusehen. Für einzelne Anstalten, z. B. die Berliner Vollsantalen, sind besondere Anordnungen getroffen.

* Landgericht. Von der Strafkammer I desselben wurde heute der Arbeiter Paul Wittenner aus Grabow wegen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. W. hatte am 22. Februar d. J. seinen Eltern ein Portemonnaie mit 8 Mark Inhalt gestohlen, indem er den Schrank, in welchem sich das Portemonnaie befand, mit einem langen Bohrer erbrochen.

Am 22. Februar 1892 kam der Kolporteur Paul Blant von hier in die Wohnung der Witwe Krüger in Grabow a. O., um Flug-schriften anzupreisen. Auf dem Schranke lag eine silberne Uhr mit Kette. Da sich Niemand im Zimmer befand, nahm B. dieselbe und verschwand damit. Heute d. 30. März wurde der Angeklagte, der schon öfter wegen Diebstahls verurtheilt ist, zu 1 Jahr Zuchthaus und 2 Jahren Ewerlucht verurtheilt. Auch wurde auf Zulässigkeit von Polizei-Auflucht erkannt.

— Am Sonnabend eröffnet Herr Konrad Dresser vom Hoftheater in München im hiesigen Stadttheater ein nur kurzes Gastspiel. Der rühmlichst bekannte Künstler kommt direkt von Berlin zu uns, wofür wir es nicht nur danken, sondern durch 4 Wochen ausverkauft Häuser zu erzielen.

— In Pasewalk zirkulirt seit einigen Tagen das Gerücht, daß das dort in Garni on stehende Kürassier-Regiment Königin (pommerisches Nr. 2) nach Bromberg verlegt werden soll, während das in Bromberg liegende Dragoner-Regiment Freier von Dersfänger (neumärkisches Nr. 3) in Inowrazlaw und Kruschnitz Garnisonen erhalten soll.

— Ornithologischer Verein. Sitzung am 21. März 1892. Vorsitzender Herr Dr. Bauer. — Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung hält Herr Roste einen Vortrag über die Weisen, und bespricht nach einer Schilderung des Lebens und Trebens eines Weisenzuges im verhältnißlichen Maße die einzelnen bei uns vorkommenden Arten unter Vorlegung der Bälge derselben aus seiner Sammlung. Bei uns in Pommern kommen 8 resp. 9 Arten vor: Die Kohlmeise, Blau-, Laub-, Tannen-, Eichen-, Schwanz-, Bart-, Weiden- und Laub-Weise, doch wird an dem Vorkommen der letzteren in Deutschland überhaupt gezweifelt. In dem systematischen Verzeichnisse der Vögel Pommerns von C. von Dömeper, nebenbei gesagt dem einzigen (?) Verzeichnisse der pommerschen Vogelwelt, welches wir besitzen, werden die drei letzten Arten als „beobachtet“ bezeichnet, doch sind die Angaben über Weiden- und Laub-Weise nur sehr unbestimmt. Die Weisen sind fast ausschließlich Waldvögel, und ihr Nutzen für den Wald ist unbestreitbar und so groß, wie der keiner anderen Vogelgattung. Eine möglichste Schonung dieser nützlichen Vögel seitens der Menschen ist auch durch Abkühlung von Raubzügen, als Sperber, Eichelhäher, Eichelgäse, durch Aufhängen von Nistkästen und Fütterung im Winter durch Trog und Fleischerbrot dringend geboten. Herr Oberforstmeister v. Barenborff spricht hierauf über die Fortpflanzung der Weisen. Dieselben sind

